

Beschlußantrag

der Landtagsabgeordneten Godwin Schuster (SP ), Mag. Franz Karl (ÖVP), Günter Kenesei (GA), Ing. Karl Svoboda (SP ), Johannes Prochaska (ÖVP) und Dr. Peter Pilz (GA) betreffend Radikalismus und Gewalt in der Politik, eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 30. Juni 1994.

Im Zuge der Kampagne verschiedener Parteien und Organisationen zur Volksabstimmung über den Beitritt zur Europäischen Union ist es zu einer bedauerlichen Radikalisierung des innenpolitischen Klimas auch in unserem Bundesland gekommen.

Als Folge des Stils der politischen Auseinandersetzung und der Wortwahl einzelner Meinungstr ger ist das Klima in zum Teil unverantwortlicher Weise aufgeheizt worden. In weiterer Folge kam es zu massiven Beschädigungen und  berklebungen von Plakaten bzw. zur Zerstörung von Dreieckst ndern; laut Zeugenaussagen und Berichten in diversen Medien, griff LAbg. Gerhard Zeihsel zwei Personen während einer FPÖ-Veranstaltung am Keplerplatz t tlich an. Ein ordnungsgemäßes Verfahren wurde in diesem Falle eingeleitet und es besteht kein Zweifel, daß die untersuchende Behörde zielgerichtete Aufklärungsarbeit leisten und gegebenenfalls einem  sterreichischen Gericht zur Rechtssprechung überantworten wird.

Der Wiener Landtag hat nicht die Aufgabe, über Meinungsverschiedenheiten zwischen Parteien, deren Funktionären und Mandataren - in welcher Form sie auch immer ausgetragen werden - zu urteilen. Trotzdem bleibt aber unbestritten, daß Radikalisierung und Gewalt gegen politisch Andersdenkende mit aller Entschiedenheit abzulehnen sind.

Die demokratischen Parteien im Wiener Landtag haben sich am 6. November 1992 einhellig verpflichtet, alle Initiativen zu setzen, die in Wien ein Klima der Toleranz und Humanität gewährleisten.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher gemäß   36 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag folgenden

Beschlußantrag:

Der Landtag wolle beschließen:

"Der Wiener Landtag distanziert sich von Radikalismus und Gewalttätigkeit in jeder Form. Gerade Mandatare, Funktionäre und Mitarbeiter tr gen besondere Verantwortung für das politische Klima in diesem Land. Sie haben daher in erhöhtem Ausmaße an einem sachlichen, der Demokratie würdigen Klima mitzuwirken und sich jedweder Haltung oder auch Handlung, die einer Verletzung demokratischer Verhaltensweisen gleichkommt, ausnahmslos zu enthalten."

2196/LAT/94

*[Handwritten signatures and notes at the bottom of the page, including names like 'H. Prochaska', 'G. Zeihsel', and 'P. Pilz']*